

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

148 (30.6.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
ansagen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des
Zahlungszieles, bei geschickter Bedienung und bei Kontos an der Kasse tritt in Größtlinge-
rei und Gerichtsband in Karlsruhe L. 2. o. S. 104 der Anzeigen-Einnahme 8 Uhr vorzuzahlen

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbr
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,00 Mark o. Einschulterzeit 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
ermittelt 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
herstr. 1. D. Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konten: Durlach, Haupt-
straße 9. D. Baden, Jagdwaldstraße 12; Rastatt, Torenstraße 2. Offenburg, Hauptstraße 6

Nummer 148

Karlsruhe, Dienstag, den 30. Juni 1931

51. Jahrgang

Brunnenvergifter am Werk

Die Badische Presse als Sprachrohr nationalsozialistischer Hege

Die Badische Presse, die in letzter Zeit wieder gern aus dem Füllhorn ihrer Sozialistenfeindlichkeit allerhand von sich gab, brachte gestern folgende Meldung:

Die Rolle Breitscheids

Englische Vorwürfe für den Sozialdemokraten

London, 28. Juni. (Funkspruch.) In der Wiedergabe der Berichte über die französische Kammeritzung, die sich mit dem Hoover-Plan beschäftigte, betonen die englischen Zeitungen, so Evening News und Evening Standard, besonders die Anwesenheit des deutschen Sozialdemokraten Breitscheid bei den Besprechungen der französischen Sozialisten über die französische Regierungspolitik und weisen darauf hin, daß deren Entscheidung zugunsten der französischen Vorbehalte zum Hoover-Plan in vollem Einverständnis, wenn nicht überhaupt unter dem Einfluß Breitscheids erfolgt ist. Sie bringen zum Ausdruck, daß eine der deutschen Regierungsparteien sich bereits zur Annahme des französischen Standpunkts mehr oder weniger verpflichtet habe.

Angeht dieser skandalösen Meldung halten wir es für notwendig, die Situation nach allen Seiten zu klären, um das Treiben der Badischen Presse restlos aufzuklären.

Als die Botschaft Hoovers unmittelbar vor dem Eintritt einer deutschen Katastrophe die Aussicht auf Rettung ermöglichte, haben die deutschen Rechtsradikalen, die auf die Katastrophe spekuliert haben, zunächst die Sprache verloren. Sie verzichteten die Botschaft Hoovers mit süß-saurer Miene. Als sie dann erkennen mußten, daß tatsächlich ein von ihnen erhoffter deutscher Staatsbankrott verhindert worden war, daß die Reichsbank Auslandskredite zur Ueberbrückung der Schwierigkeiten erhielt, als es sichtbar wurde, daß die psychologischen Voraussetzungen in der Welt für eine Revision des Young-Planes gegeben seien, da machte sich die Enttäuschung und Wut über diese Wendung sehr deutlich fühlbar. Das nationalsozialistische Organ in Berlin hatte es sehr deutlich ausgesprochen, wie man sich in den Kreisen der Rechtsradikalen die weitere Entwicklung in Deutschland vorgestellt hatte:

„Nach ein paar Tage, dann hätte die Frage geklärt, soll Deutschland mit ihm der gesamte mittel- und westeuropäische Raum im bolschewistischen Chaos versinken, oder bietet sich in der Nachtübernahme durch die NSDAP eine letzte Wagnislicht, das Ausland vor klaren Entscheidungen zu stellen? Diese hoffnungslosen Ausichten sind für den Augenblick zweifellos vernichtet.“

Wie 1923 war ihre Hoffnung eine Katastrophe. Sie reden von der Rettung Deutschlands, aber bieten sich in der Welt für ihre dunklen Pläne das Chaos brauchen! Weil das Chaos nicht eingetreten ist, stimmen sie Klagelieder an.

Die zeitweise sehr bedauerliche französische Haltung hat die bereits auf den Nullpunkt gekommene Hoffnung der deutschen Rechtsradikalen wenigstens teilweise wieder etwas emporgeschwemmt. Jeder Erzeh des Nationalismus ruft in einem Lande die stille Freude der Nationalisten in den anderen Ländern hervor. Die durch den Hooverplan angebahnte Entwicklung müßte die demagogische Agitation der deutschen Rechtsradikalen auf das schwerste durchkreuzen. Der französische Widerstand hat dieser Agitation neuen Auftrieb gegeben. Diese Agitation bemüht sich nicht nur nach außen, die chaotischen Tendenzen zu stärken, sie übt sich vielmehr nach innen in der Verächtlichmachung republikanischer Parteien: Man bemüht sich in rechtsradikalen Kreisen, aus der Verzögerung der Einigung über den Hoover-Plan, die durch den französischen Gegenorschlag hervorgerufen wurde, agitatorisches Kapital gegen die Sozialdemokratie zu schlagen.

Es ist kein Zweifel, daß ohne die weit vorausschauende realpolitische Haltung der Sozialdemokratie die Stellung Deutschlands in der augenblicklichen Situation ungleich schlechter wäre. Eine schlechte Situation Deutschlands ist es, was die Rechtsradikalen wollen! Weil die Sozialdemokratie sich ernsthaft für Deutschlands außenpolitische Stellung einsetzt, wird sie von den rechtsradikalen Schreibern der landesgeschädlichen Haltung geziehen. Die Organe des Herrn Hugenberg haben es übel vermerkt, daß Otto Weis neulich eine Unterhaltung mit dem englischen Außenminister Henderson geführt hat, und daß Breitscheid in diesen Tagen in Paris weilte. Otto Weis hat selbst das Nötige über seine englische Reise bekannt gegeben, und Breitscheid wird nach seiner Rückkehr nicht zögern, sich mit seinen Verleumdern auseinanderzusetzen. Die Verleumdung geht so weit, daß die Behauptung aufgestellt wird, Breitscheid habe in Paris gegen den Hoover-Plan Vorschlag für den französischen Gegenorschlag gemacht und die Badische Presse schaut sich nach obiger Einführung nicht, sich zum Sprachrohr von Meldungen zu machen, die behaupten, Breitscheid habe in Paris auf die französische Sozialdemokratie im Sinne der französischen Vorbehalte zum Hooverplan gewirkt.

Wie dumm und kenntnislos diese Verleumdung in die Welt gesetzt worden ist, geht daraus hervor, daß Breitscheid unmittelbar vor seiner Reise in einem auch von uns im

Volksfreund veröffentlichten Aufsatz im Sozialdemokratischen Presseblatt „Europas Schicksalsstunde“ das folgende schrieb:

„Aber gerade wir Sozialdemokraten dürfen an Frankreich die Mahnung richten, über den Augenblick nicht die Zukunft zu vergessen. Gewiß, es wird unendlich viel größer, wenn Deutschland zusammenbräche und überhaupt keine Zahlungen mehr leisten könnte. Man beruft sich auf die Verträge. Aber was helfen Verträge, wenn die Kraft zu ihrer Erfüllung fehlt? Wir sagen es offen: Wir erhalten von den Franzosen ein Opfer. Doch der Erfolg, der mit diesem Opfer erkauft werden soll, wird mehr wert sein, als 400 Millionen Goldmark und als der Triumph, ein formales Recht gewahrt zu haben.“

Daß sich trotz dieser ganz klaren programmatischen Erklärung die demagogische Brunnenvergiftung her-

Die Hasageier



„Schade, er schafft es. Und wir hatten schon so stark gehofft, er würde abfliegen.“

vorragt, das ist bezeichnend für den Geist des deutschen Rechtsradikalismus, der gern auch von sogenannten „neutralen“ Organen gepflegt wird.

Weil die Sozialdemokratie sich für die Rettung einsetzt, wird sie von den Parteien des Chaos und der Arbeiterfeindlichen Presse verleumdet. Die Erscheinung ist nicht neu. Daß sie in der heutigen Situation sich wiederholt, nagelt mir fest, und wird zur Belehrung der Arbeiterschaft dienen.

Nazistudentensturm in Universität

Berliner Universität auf 1 Tag geschlossen

Berlin, 29. Juni. Die Berliner Universität wurde heute mittag um 12 Uhr wegen Unruhen von Anhängern radikalpolitischer Parteien, die innerhalb der Universität angezettelt wurden, auf Anordnung des Rectors für den Rest des Tages geschlossen und von einem Polizeikommando geräumt.

Hiersu teilt uns der SPD über die Einzelheiten der Vorgänge mit:

Die nationalsozialistischen Studenten Berlins haben am Montag die vorzeitige Schließung der Universität durchgesetzt, indem sie ihre Wiener Rüstkommissionen aus getreueste kopierten. Die Einführung Wiener „Universitätsriten“ (d. h. fast alltäglich „akademische“ Schlächen in den Hörsälen und Ueberfälle auf die sozialistischen und jüdischen Studenten) ist, wie er stolz bekannt hat, das Ideal des Führers des nationalsozialistischen Studentebundes.

Die Nazistudenten hielten am Montag vormittag eine Protestkundgebung gegen angeblich kommunistische Uebergriffe ab, zu der sie in hitlerischer Phantasi-Uniform, weißem Hemd und roter Krawatte, erschienen waren. Schon vor Beginn der Versammlung wurden sozialdemokratische Studenten überfallen und mißhandelt. Teilweise auch zu Boden geschlagen. Nach der Rede eines Führers der nationalsozialistischen Studentensektion kam es zu einer großen Schlägerei zwischen Sozialisten und sozialdemokratischen Studenten, wobei die Nazis die Anreißer waren. In vier- bis fünf-facher Uebermacht fielen sie über ihre Gegner her und schlugen mehrere von ihnen blutig.

Schließlich wußte sich der Rektor Professor Dr. Weismann, der vorher vergeblich verflucht hatte, die tobenden Nazis zur Vernunft zu bringen, nicht mehr zu helfen und rief die Polizei herbei. Die

Sozialistischer Wahlsieg in Spanien

Madrid, 29. Juni. (Eig. Draht.) Das Ergebnis der spanischen Wahlen war im einzelnen am Montagabend noch nicht bekannt. Endgültige Ziffern sind nicht vor Dienstag zu erwarten.

Der Innenminister nimmt an, daß etwa 130 Sozialisten gewählt sind, also wesentlich mehr als erwartet wurde. Die zweitstärkste Partei dürften die Radikalen Republikaner um Außenminister Lerroz mit etwa 100 Sitzen werden. Dagegen sieht die liberale Rechte um Alcarra Camorra ihre Erwartungen nicht erfüllt.

Die republikanische Aktion des Kriegsministers Anana dürfte etwa 30 Abgeordnete erhalten. Sie hat jedoch noch Zugang von föderalistischen Splittergruppen zu erwarten. Lerroz ist siebenmal, Alcarra Camorra und Anana zweimal gewählt worden. Die Kommunisten haben kein einziges Mandat errungen. In Madrid sind nur 2700 Stimmen für die kommunistische Kandidatur abgegeben worden. Der radikal-republikanischen Rechte angehörende Unterstaatssekretär des Innern und der Ministerpräsident sind ebenfalls durchgefallen.

In Madrid kam es am Montag, veranlaßt durch den Mißerfolg eines radikalen Kandidaten bei der Wahl, zu einem Generalstreik. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Die Regierung hat den Belagerungszustand verhängt.

Noch keine Einigung zwischen Paris und Washington

Das Ergebnis des französischen Ministerrats

PARIS, 29. Juni. Ueber den heute abend abgehaltenen Ministerrat, der sich mit dem Vorschlage Hoovers beschäftigte, berichtet die Havas-Agentur:

Das Kabinett hat sich einmütig über die Notwendigkeit geeinigt, daß die französische Regierung sich nach der Abstimmung in der Kammer an den Text ihres Antwort vom 24. Juni halten müsse. Die Meinungsverschiedenheiten, die Paris und Washington trennen, sind bekannt. Frankreich schlägt vor, daß die durch das Moratorium verfügbaren Summen nicht nur zur Verbesserung des Kredit Deutschlands, sondern auch der anderen mitteleuropäischen Länder verwendet werden, bei denen die Aussetzung der Youngabzahlungen finanzielle und wirtschaftliche Störungen hervorrufen kann. Die Vereinigten Staaten dagegen wollen ihre Bemühungen lediglich auf die Wiederherstellung Deutschlands richten. Frankreich fordert andererseits vor Ablauf des zwölftmonatigen Moratoriums die Prüfung von Maßnahmen, die deutscherseits im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Zahlungen ergriffen werden müßten. Hinsichtlich dieses wichtigen Punktes hat, wie es heißt, Frankreich, der Hauptgläubiger Deutschlands, weder seitens der Vereinigten Staaten noch Deutschlands die erforderlichen beruhigenden Versicherungen erhalten. Das Angebot des Präsidenten Hoover legt Wert darauf, daß die von Deutschland 1931/32 zu zahlende Annuität erst nach 15 Jahren geleistet werden soll. Die französische Regierung hat jedoch in ihrer Antwort erklärt, daß dieser Betrag am Ende des zwölftmonatigen provisorischen Moratoriums fällig werden müßte. Die französische Regierung hat heute abend in einem Gefühl des Entgegenkommens beschloffen, diese Frist von einem Jahr auf fünf Jahre zu verlängern.

Nazistudentensturm in Universität

Berliner Universität auf 1 Tag geschlossen

Berlin, 29. Juni. Die Berliner Universität wurde heute mittag um 12 Uhr wegen Unruhen von Anhängern radikalpolitischer Parteien, die innerhalb der Universität angezettelt wurden, auf Anordnung des Rectors für den Rest des Tages geschlossen und von einem Polizeikommando geräumt.

Hiersu teilt uns der SPD über die Einzelheiten der Vorgänge mit:

Die nationalsozialistischen Studenten Berlins haben am Montag die vorzeitige Schließung der Universität durchgesetzt, indem sie ihre Wiener Rüstkommissionen aus getreueste kopierten. Die Einführung Wiener „Universitätsriten“ (d. h. fast alltäglich „akademische“ Schlächen in den Hörsälen und Ueberfälle auf die sozialistischen und jüdischen Studenten) ist, wie er stolz bekannt hat, das Ideal des Führers des nationalsozialistischen Studentebundes.

Die Nazistudenten hielten am Montag vormittag eine Protestkundgebung gegen angeblich kommunistische Uebergriffe ab, zu der sie in hitlerischer Phantasi-Uniform, weißem Hemd und roter Krawatte, erschienen waren. Schon vor Beginn der Versammlung wurden sozialdemokratische Studenten überfallen und mißhandelt. Teilweise auch zu Boden geschlagen. Nach der Rede eines Führers der nationalsozialistischen Studentensektion kam es zu einer großen Schlägerei zwischen Sozialisten und sozialdemokratischen Studenten, wobei die Nazis die Anreißer waren. In vier- bis fünf-facher Uebermacht fielen sie über ihre Gegner her und schlugen mehrere von ihnen blutig.

Schließlich wußte sich der Rektor Professor Dr. Weismann, der vorher vergeblich verflucht hatte, die tobenden Nazis zur Vernunft zu bringen, nicht mehr zu helfen und rief die Polizei herbei. Die

Hitlers 175er Gardeoffiziere

Als dieser Tage in der Öffentlichkeit behauptet wurde, daß Hitlers Stabschef Röhm anders veranlagt ist, als der normale Mensch, drohten die Herren des braunen Hauses in München mit dem Kadi. Angeblich hat Herr Röhm inzwischen auch Klage gegen die Urheber der gegen ihn gerichteten Behauptung erhoben. Daß es nicht fest, daß er tatsächlich anders ist als die anderen. Das bekämpft am Montag das Organ der Berliner Nazi-Rebellion, des Hauptmann Stennes, also eine durchaus einwandfreie Quelle. Das Blatt schreibt:

„Die Münchener Post hat gegen den bolivianischen Oberleutnant Röhm Klage und hat den Vorwurf der Homosexualität erhoben. Der SA-Führer, der übrigens an der Sitzung der Reichsleitung nicht mehr teilnimmt, hat daraufhin einen Strafantrag gestellt, und nun werden wir also in Kürze einen amolten Eulenburg-Prozess erleben wobei es nur strittig ist wer hier die Rolle Maximilian Gardens übernehmen wird. Gespielt wird das Spielchen nur wo der Kaiser nicht in München ist. Die Entscheidung wurde herbeigeführt durch einen Brief, den der Oberleutnant Schulz, der bis vor kurzem kommissarisch das Amt des Offiziers-Ost vertrat, an den Parteichef geschrieben hatte. Schulz hat inzwischen einen klassischen Widerruf, diesen Brief betreffend, erlassen. Wer bisher an der Richtigkeit dieses Briefes zweifelte, ist von seinem Vorhandensein nun restlos überzeugt. Unmittelbar darauf gab der Staatsanwalt bekannt, daß er gegen Röhm ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 175 eingeleitet habe, und wir wissen, daß man dieses Verfahren auch noch auf andere Leute der Münchener Führer ausdehnen gezwungen sein wird. Wir haben seit Monaten auf diese Dinge und die hiermit in ursächlichem Zusammenhang stehenden Vorverurteilungen immer und immer wieder hingewiesen. Wir wissen, daß das nun anhängig gewordene Strafverfahren der Münchener Partei eine unehrenhafte Schlappe bringen wird. Wir wissen weiter, daß angefertigte Prozesse folgen werden. Gewiß geben wir nicht fehl in der Vermutung, daß man ganze Extravergaben herstellen wird, wenn ein Teil nur bescheidenen Materials zur Veröffentlichung gelangt der noch in unserem Besitz ist.“

Es finkt also im braunen Hause noch toller, als man es bisher angenommen hatte.

Der Strafantrag im Raiffeisenkandal

So sieht es aus, wenn „nationale Männer“ die Wirtschaft führen

Dresden, 29. Juni. (Eig. Draht.) Im Raiffeisen-Prozess beantragte der Staatsanwalt nach einem fünfjährigen Plädoyer gegen Raiffeisen 4 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Dr. Steinmetz 6 Monate Gefängnis, gegen Schneider 1 1/2 Jahre Gefängnis, gegen Bedent 2 Jahre Gefängnis und 2 Jahre Ehrenrechtsverlust und gegen Kitzke 8 Monate Gefängnis. Die Untersuchungsakten soll angerechnet werden, was im Falle des Raiffeisenfallentlassung bedeutend wäre. Steinmetz soll Strafbefreiung erhalten werden. Das Plädoyer des Staatsanwalts enthält eine verächtliche Kritik an der Geschäftspraxis der Raiffeisenbank, in der u. a. gesagt wird, daß die Überwirtschaft dieser großen Kreditorganisation der deutschen Bauern zu einer der furchtbarsten und in der Geschichte des Bauwesens einzig dastehenden Katastrophe geführt habe.

Offenherzigkeiten und Klagen der Deutschnationalen

Ein geheimes Rundschreiben an die Vertrauensleute der Deutschnationalen Partei des Kreisvereins Grimmen über das Stahlhelm-Volksbegehren und die Nationalsozialisten zeigt, daß es mit der so viel angepriesenen Einigkeit und Geschlossenheit im „nationalen Lager“ doch nicht allzuweit her ist.

In dem Rundschreiben wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Stahlhelm-Aktion von vornherein „äußerst unsicher“ und „über-eilt“ war. Das sei der Stahlhelmleitung von der Deutschnationalen Partei „unmittelbar verständlich zur Kenntnis gebracht“ worden. Wirklich heißt es in dem Rundschreiben dann weiter:

„Tatsache ist, daß die Sammlungen für das Stahlhelm-Volksbegehren weite Kreise erschöpft haben, so daß für die kommenden Ereignisse das Geld fehlen wird, daß die Nazi das Begehren lebhaft egoistisch ausgewertet und sonst nichts getan haben, daß der Größenwahn der Nazi noch gestiegen und die politische Lage durch die Geschäftsordnung und die politischen Notverordnungen, welche wir lediglich der NSDAP, verdanken, sowie die dadurch bedingte Stärkung der Linken weitläufig ungünstiger geworden ist. Der Gipfelpunkt wäre es, wenn der Volksentscheid am 2. oder am 9. August verlöre und Herr Braun in Ausnutzung des Sieges den Preussischen Landtag von sich aus auflöse, um das Element der moralischen Überlegenheit bei den Wahlen auszunutzen. . . Der 120erlei Mercedes des kleinen Dr. Goebbels sowie der Braunes-Haus-Betrieb in München und der neue Mercedes-Benz des großen Adolf, übrigens der teuerste Wagen der Automobil-Ausstellung, erinnern eben zu sehr an Zeiten, in denen solche Leute als Parvenüs bezeichnet wurden. Die Rückwirkungen solcher Taten sind eben unvermeidlich und werden durch fulminante Auf-rufe noch durch rückwärtslose Ausmerzung gerade der kritischen, übrigens wertvollsten, Elemente aufzuhalten.“

Ermahnenswert von dem Rundschreiben ist schließlich noch eine Stelle über die Taktik der Deutschnationalen im Kampf um Preußen. Da heißt es: „Der kommende politische Kampf um Preußen kann sich dahin kristallisieren, den unauflösbaren Gegensatz zwischen Brüning und Geh auszumetzen und Brüning gegen Geh zu führen. Auf diese Art und Weise würde es gelingen, dem unbeliebten sozialdemokratischen Einfluß in Preußen das Wasser abzugraben, auf der anderen Seite aber Brüning für uns zu verpflichten. Der wünschenswerte Erfolg wäre dann in einer Rechtswendung des Reichszentrums zu erblicken.“

Sozialdemokratisch-Staatsparteiliche Regierung in Schaumburg-Lippe

Hückeburg, 29. Juni. (Eig. Draht.) Die neue Regierung des kleinsten deutschen Landes Schaumburg-Lippe wird in Zukunft aus 3 Sozialdemokraten und 2 Staatsparteilichen bestehen. Eine andere Lösung war nach dem Ergebnis der Landtagswahl nicht möglich, da der einzige Kommunist des Landtags es ablehnte, eine von der Sozialdemokratie gebildete Regierung zu unterstützen. Seine Haltung wurde durch die Instruktion der Kommunistischen Zentralleitung veranlaßt.

Was sagen die badischen Staatsparteiliche, die so gern „Opposition“ spielen, dazu?

Ausführungslose Volksentscheidspielerei in Braunschweig

Braunschweig, 29. Juni. (Eig. Draht.) Das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des braunschweigischen Landtags hat die erforderliche Zahl von einem Drittel Wahlberechtigten, das sind 35 000 Stimmen, erreicht. Der Volksentscheid hat jedoch keine Aussicht auf Erfolg, da es ganz ausgeschlossen ist, daß die SPD, die dazu erforderlich sind 190 000 Stimmen auch nur annähernd aufbringen wird.

Massennot u. Großgehälter

Die allgemeine Forderung: Herunter mit den Großgehältern!

Ein parteigenössischer Arbeiter aus unferm Verbreitungsbezirk schreibt uns:

Krisennot ist die Not der unteren Volksschichten. Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit haben Millionen Arbeiter und Angehörigenfamilien in das Elend herabgedrückt. Die Löhne und Gehälter wurden erheblich reduziert, ebenso die schon armützlich niedrigen Unterhaltungen der Arbeitslosen und Sozialrentner weiter abgebaut. Dazu kommen immer wieder neue Steuererhöhungen, wie jetzt durch die neue Notverordnung die Krisen- und Sondersteuer sowie die Befristung der Lohnsteuererhöhungen. Und, damit das Maß voll wurde, Preiserhöhungen für Brot und andere Lebensmittel.

Die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten ist auf ein unwürdiges Niveau herabgedrückt worden. Graues Elend herrscht in den Familien, der Hunger ist ständiger Gast. In Anbetracht dessen ist die Forderung nach Abbau der hohen Gehälter berechtigt denn je.

„Das ganze Volk muß Opfer bringen, damit wir über die schwierigen Zeiten hinwegkommen. Diejenigen, deren Existenz durch hohe Gehälter glänzend gesichert ist, kennen kein anderes Opferbringen, als die Löhne und Gehälter sowie die Unterhaltungen der Totleidenden weiter abzubauen.“

Die Regierung Brüning fordert Unmögliches von der arbeitenden Bevölkerung. Eines muß man aber objektivweise bei ihr anerkennen: sie hat die Gehälter der Reichsminister herabgesetzt. Eine gute Tat.

Wie steht es aber mit den Gehältern der hohen Kommunalbeamten und der leitenden Personen in den öffentlichen Gemeindebetrieben? Ist es gerechtfertigt, daß denen Gehälter bis 35 000 M. gezahlt werden?

Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Die städtische Bevölkerung leidet große Not, da gibt es nur eins: Herunter mit den hohen Gehältern!

In der neuesten Notverordnung ist ja auch die Bestimmung enthalten, daß die Gehälter der städtischen Beamten, denen der Reichsbeamten analoge sind, Man wird abwarten müssen, bis die näheren Ausführungsbestimmungen darüber erlassen sind, hoffentlich verpflichten sie die Gemeinden zu einem tatsächlichen erheblichen Abbau der hohen Gehälter.

Soweit die Gehälter der leitenden Personen der städtischen Werke in Frage kommen, besteht keine Klarheit, ob die auf Grund der Notverordnung ebenfalls abzubauen bzw. analoge sind. Ein Abbau ist aber gerade da notwendig. Wir kennen die Gehälter der Direktoren usw. nicht genau, so viel wissen wir aber, daß sie bei einigen Personen erheblich höher sind als bei den meisten Kommunalbeamten.

Es ist eine Verhöhnung an den notleidenden Menschen, wenn diese Gehälter bestehen bleiben. Selbst wenn die Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung den Abbau nicht vorsehen, so muß er doch erfolgen. Man sollte meinen, daß die hohen Gehaltsbesitzer sich moralisch verpflichtet fühlen, selbst die Initiativen zu ergreifen

und ihre Bezüge abzubauen. Die Not der Zeit erfordert gebieterisch, daß endlich diejenigen ein Opfer bringen, die dazu in der Lage sind.

Gleichzeitig schreibt uns ein badischer Gendarmeriebeamter und gibt seinem berechtigten Unmut darüber Ausdruck, daß in der Frage der hohen Pensionen die Mehrheit des Reichstages praktisch noch nichts getan hat. Der Beamte äußert sich u. a. wie folgt:

„Bei dieser Gelegenheit möge es mir erlaubt sein, auf die Regierung hinzuweisen, die die hohen Pensionsempfänger betrifft, die keinen Pfennig gekürzt bekommen und die deshalb eine breite Schicht der Bevölkerung erschaffen hat. Ein großer Prozentsatz dieser Pensionsempfänger sind ehemalige Offiziere der alten und auch neuen Armee. Als damals das Heer auf 100 000 Mann herabgesetzt werden mußte und infolgedessen sehr viele Offiziere pensioniert wurden, erfolgte ihre Beförderung zur nächsten Klassenstufe. Und was war das Entgegenkommen oder der Dank dieser Herrschaften an die Republik? Der größte Teil dieser Herren steht der Republik entweder fremd oder gar feindlich gegenüber und die neue Notverordnung läßt die Herren gegenüber den Armen und Bedrückten ungeschoren. Man muß es doch bekennen, daß die Republik ihre Gegner und Feinde wahrhaftig nobel behandelt. Wenn hier auf Drängen der SPD eine baldige Verringerung eintreten würde, die Empfinden und die Stimmen vieler Menschen in Deutschland, die wegen der neuen Notverordnung, die so viel Ungerechtigkeiten bringt, die die Führer der Armeen belastet und die der Reichen entlastet, verärgert sind und alle Hoffnungen auf Gerechtigkeit verloren haben, wären der SPD sicher.“

Bergarbeiterverbandentscheidung zur Arbeitszeitfrage

Abln., 29. Juni. Der Gesamtverband der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände, der am Sonntag hier taute, nahm nach eingehender Aussprache über die Lage der Bergarbeiter eine Entscheidung an, in der es u. a. heißt: „Seit Januar u. a. S. sind allein im Ruhrbergbau über 126 000 Bergarbeiter entlassen worden. Infolgedessen betrug die Zahl der arbeitenden Bergarbeiter Ende Mai im Ruhrbergbau nur 33 000 d. i. 34,7 Prozent mehr wie festgestellt. Trotz einer sechspromzentigen Lohnsteigerung im Januar sind inzwischen weitere 33 000 Bergarbeiter entlassen worden. In den übrigen Bergbaubereichen sind die Verhältnisse ebenso unangenehm. Die Verhandlungsleiter bringen deshalb nochmals zum Ausdruck, daß nur eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit die dringend notwendige Verminderung der berammten Arbeitslosennot bringen kann. Im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Notverordnung, die eine einseitige Belastung der Arbeiterkraft bedeuten, erwarten die Bergarbeitervertreter eine baldige Verringerung der Arbeitszeit, die den Grundgedanken sozialer Gerechtigkeit entspricht. Der Verband bekräftigt den Wunsch des Gener. Uebereinkommens zur Befestigung der Dauer der Arbeitszeit in Kohlenbergwerken als einen ersten Schritt zu einem friedlichen Zusammenarbeiten der Kohlenbergwerke. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie nunmehr unterjährig die Ratifikation dieses Uebereinkommens betreibt.“

Arbeitslosenunterstützung nach der neuen Notverordnung

Die Anrechnung von Renten

Nach § 112a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind bestimmte Renten auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Die Zahl der Renten, die anzurechnen sind, ist durch die neue Notverordnung wesentlich erweitert worden. Von der Anrechnung frei sind künftig noch folgende Renten oder Rentenbestandteile:

1. Pflegegeld aus der Unfallversicherung.
2. Pflege-Zulage, Führerzulage, Zulage nach dem Reichsversicherungsgesetz.
3. Uebergangrenten nach § 5 der 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung nach Berufsstrafen.

Von den übrigen Renten der Reichsversicherungsordnung, dem Anwartschaftsgesetz, der Angestelltenversicherung, oder einer Zusatzversicherungsgesetz, ferner Renten aus dem Reichsversicherungsgesetz, Altrentnergesetz, Kriegsbeschädigtengesetz, Wehrmachtverordnungs-gesetz, Militärverordnungs-gesetz und die Vorzugs-gesetze für die Schutzpolizei sind grundsätzlich anzurechnen. Von der Anrechnung frei bleibt von diesen Renten lediglich ein Betrag von 15 M monatlich (bisher 30 M). Die Anrechnung der Renten neu zu berücksichtigenden Renten, oder Rentenbestandteile hat ebenfalls vom 29. Juni an auf die laufenden Renten und Rentenunterstützungsanträge zu erfolgen.

Da jedoch in den Arbeitslosen und Rentenunterstützungsanträgen bisher nicht sämtliche Arbeitslosen feststellbar werden, ob sie oder ihre Angehörigen irgend eine Rente beziehen, gegebenenfalls welcher Art und in welcher Höhe. Zum Zwecke dieser Feststellung erhalten sämtliche Arbeitslose von den Arbeitsstellen einen besonderen Fragebogen ausgehändigt, den sie umgehend ausfüllen und der Arbeitsstelle wieder zurückgeben sollen. Absehen von der Kürzung des Freibetrags ist die Verringerung der Rentenanzrechnungsbestimmungen besonders für diejenigen Fälle zu beachten, in denen eine Kriegsbeschädigtenrente gewährt wird. Zu beachten ist übrigens, daß auch die Kriegsrente auf Grund der neuen Notverordnung gekürzt wird.

Im Interesse einer beschleunigten Erledigung der Anträge ist alsbaldige Rückgabe der Fragebogen dringend erwünscht.

Jugendliche und Frauen

Nach den neuen Bestimmungen haben Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht. Bisher galt diese Bestimmung nur für Arbeitslose unter 16 Jahren. Die Durchführung dieser Bestimmung wird so erfolgen, daß in jedem Einzelfall, sofern ein diesbezüglicher Antrag gestellt wird, von den Arbeitsämtern geprüft wird, ob Bedürftigkeit in Sachen der Arbeitslosenunterstützung vorliegt. Ergibt die Berechnung, daß Bedürftigkeit vorliegt, so wird grundsätzlich die Arbeitslosenunterstützung auch unter 21 Jahre alten Jugendlichen gewährt. Auch bei verheirateten Frauen wird künftig die Arbeitslosenunterstützung nur dann gewährt, wenn Bedürftigkeit in Sachen der Arbeitslosenunterstützung vorliegt. Die Anwendung der neuen Vorschriften wird von den Arbeitsämtern in der Weise gehandhabt werden, daß für Jugendliche unter 21 Jahren und verheirateten Frauen die Arbeitslosenunterstützung in der bisherigen Höhe zum letzten Mal in der Woche vom 6. bis 11. Juli ausbezahlt wird. Eine Weitergewährung nach diesem Zeitpunkt kommt nur in Frage, wenn bei jedem einzelnen die Bedürftigkeit auf Grund eines besonderen Antrages als vorliegend angesehen wird. Zu diesem Zwecke sind den Jugendlichen und Frauen ein besonderer Antrag (und zwar das Antragsformular

auf Arbeitslosenunterstützung) eingereicht werden. Auf Grund dieses Antrages erfolgt die Prüfung der Bedürftigkeit seitens der Arbeitsämter. Es empfiehlt sich also, diesen Antrag möglichst bald beim Arbeitsamt bzw. dessen Außen- oder Nebenstelle einzureichen.

Die Behandlung der Saisonarbeiter

Einschneidend sind auch die Bestimmungen über die Unter-stützung der Saisonarbeiter — wer Saisonarbeiter ist, regelt sich nach den bisherigen Bestimmungen. Es fallen darunter diejenigen Arbeitslosen, die in den letzten 26 Wochen ihrer Arbeits-tätigkeit mindestens 14 Wochen in einem Beruf und Betrieb tätig gewesen sind, in denen die Arbeitslosigkeit berufsbedingt ist. Für die hienach getroffenen Betriebe und Betriebe gelten demnach die alten Vorschriften weiter.

Ist die Zugehörigkeit zu einem solchen Beruf auf Grund der Prüfung der Beschäftigungsverhältnisse festzustellen, so wird der Arbeitslose als Saisonarbeiter behandelt. Für ihn verläuft sich die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen. Ferner erhält er die Unterstützung nach den jeweiligen Lohnklassen der Arbeitslosen.

In allen laufenden Fällen ist deshalb zunächst festzustellen, ob ein Arbeitsloser die Saisonarbeitereigenschaft besitzt. In diesen Fällen wird also die Unterstützung auf die Lohnklassen der Arbeitslosen herabgesetzt.

Sobald ein Saisonarbeiter bei etwaiger Wiederaufnahme der Arbeit eine Beschäftigung von mindestens 14 Wochen in einem Beruf oder Betrieb nachweisen kann, der nicht zu den Saisonberufen bzw. -betrieben gehört, hat er jedoch bei erneuter Arbeitslosenunterstützung, da er dann die Eigenschaft als Saisonarbeiter verloren hat. Ist ein arbeitsloser Saisonarbeiter ausgeteuert und hat Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, so verlängert sich die Höchst-dauer der Arbeitslosenunterstützung bis zu 6 Wochen. Sie kann also 26 Wochen und bei über 40-jährigen 51 Wochen betragen.

Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung

Nach der Notverordnung wird die Arbeitslosenunterstützung in allen Fällen vom 29. Juni ds. Js. an um 5 Prozent des Einbehalts-lohns gekürzt. Die tatsächliche Kürzung der Unterstützung ist jedoch höher und beträgt etwa zwischen 10 und 16 Prozent. Von der Kürzung wird jedoch nur die Hauptunterstützung erfasst, nicht dagegen die Familienzulage.

Eine gewisse Verbesserung tritt durch die neue Vorschrift bei solchen Arbeitslosen ein, die mehr als 3 Zulageempfangern haben. An Stelle von bisher 5 Familienzulagen können künftighin 6 Familienzulagen gewährt werden.

Die Wartzeit

Geändert sind durch die Notverordnung auch die Wartzeiten. Bei Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ab 29. Juni beträgt die Wartzeit bei Arbeitslosen ohne aufzählbare Angehörige 21 Tage, bei Arbeitslosen mit 1, 2 oder 3 aufzählbarem Angehörigen 14 Tage, bei Arbeitslosen mit 4 oder mehr aufzählbaren Angehörigen 7 Tage. Die verkürzte Wartzeit wird nur bei berechtigten Angehörigen 7 Tage. Die verkürzte Wartzeit wird nur bei berechtigten Angehörigen 7 Tage. Die verkürzte Wartzeit wird nur bei berechtigten Angehörigen 7 Tage.

Von diesen neuen Bestimmungen werden alle Fälle erfasst, in denen die Wartzeit am 29. Juni noch läuft, selbstverständlich ab dem 1. Juli dieses Jahres beginnt.

Weltkrise und sozialistische Internationale

Im Hauptorgan der österreichischen Sozialdemokratie, in der Wiener Arbeiterzeitung, finden wir über die Haltung der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Haltung der sozialistischen Fraktion im französischen Parlament eine Betrachtung, die um so bemerkenswerter ist, weil ja die Wiener Arbeiterzeitung in der allgemeinen Politik einen etwas radikalen Einschlag hat. Sie schreibt:

In der französischen Kammer hat sich ein außerordentliches Ereignis zugetragen. Auf der Tagesordnung stand Frankreichs Antwort auf den Vorschlag Hoovers. Die französische Regierung nimmt Hoovers Vorschlag nur mit sehr wesentlichen, sehr engherzigen Einschränkungen und Vorbehalten an. Aber es bestand die sehr ernste Gefahr, daß das französische Parlament selbst diese Antwort verwerfen und damit die Aktion Hoovers überhaupt vereiteln werde.

Nicht nur die nationalistische Rechte tobte. Auch Herriot, der Führer der bürgerlichen Linken, der Radikalen, der schon in der Kammerdebatte über die Zollunion die Nationalisten überboten hat, rief zum Sturm.

Die Gefahr war unabsehbar. Hätte die Kammer Frankreichs Zustimmung zum Vorschlag Hoovers verweigert, so wäre die Hoffnung auf die Entlastung Deutschlands für ein Jahr begraben gewesen. Die Kapitalflucht aus Deutschland, die Flucht vor der Mark, die nur die Aktion Hoovers zum Stillstand gebracht hat, hätte von neuem eingesetzt. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und damit die ungewollte Verschärfung der Weltwirtschaftskrise wären kaum zu verhüten gewesen.

In dieser kritischen Lage sind die französischen Sozialisten eingeschlagen. Eine Rede von Blums hat die Stimmung der Kammer gemindert. Die bürgerlichen Sozialisten haben für die Regierung, der sie sonst als Opposition gegenübersteht, gestimmt und damit die Aktion Hoovers gerettet. Die französische Regierung trat darauf sofort in Verhandlungen mit dem amerikanischen Staatssekretär Mellon über Frankreichs Bedingungen ein. Man kann es jetzt als sicher annehmen, daß Hoovers Aktion Deutschland die Entlastung bringen wird, die allein den Zusammenbruch verhüten kann.

Die Aktion unserer französischen Genossen war keine isolierte Aktion. Man muß sie im Zusammenhang sehen einerseits mit der Aktion der deutschen Sozialdemokratie, andererseits mit der der britischen Arbeiterpartei.

Als der Sturz der österreichischen Kreditanstalt das Vertrauen zu dem ganzen mittteleuropäischen Kreditwesen erschütterte, als die internationale Hochfinanz ihr Geld aus Deutschland abzuziehen begann, als die Goldschmelze in wenigen Tagen mehr als ein Drittel der Goldbestände der Mark verlor, da geriet Deutschland in unmittelbare Gefahr. Nun galt es, eine Katastrophe zu verhindern.

Die schwerste Aufgabe fiel der deutschen Sozialdemokratie zu. Die antisoziale, arbeitserfindliche Notverordnung der Regierung Brüning hatte die deutsche Arbeiterpartei herausgefordert. Alles sprach dafür, die Einberufung des Reichstags zu verlangen und damit die Regierung Brüning zu stürzen. Aber der Sturz Brünings — das bedeutete das Kommen einer deutschnationalistischen, reaktionären Rechtsregierung in diesem Augenblick — das bedeutete die Verstärkung der wirtschaftlichen Panik, Sturz der Mark, neue Geldentwertung. Mit einer Selbstverleugung und Selbstaufopferung, wie sie nie noch eine Partei geübt hat, hat die deutsche Sozialdemokratie auf die Einberufung des Reichstages verzichtet und damit nicht nur die Regierung Brüning, sondern die deutsche Volkswirtschaft vor einer unmittelbar drohenden Katastrophe gerettet. . . .

Macdonald über Abrüstungskonferenz

London, 29. Juni. Premierminister Macdonald eröffnete heute die Aussprache im Unterhaus mit einer ausführlichen Erklärung über den Stand der europäischen Abrüstung. Untere Nation, so erklärte Macdonald, kann die Abrüstung nicht allein durchführen. Dabei sei es Pflicht aller Nationen, zusammenzukommen, um dem Krieg von Grund auf ein Ende zu machen. Der Londoner Vertrag über einen befriedigenden Einfluß aus, ebenso der kürzliche Besuch von Brüning und Curtius. Macdonald sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß das Ergebnis der Abrüstungskonferenz darin bestehen werde, daß die britischen Rüstungen noch weiter herabgesetzt werden und daß die Konferenz den einzigen Grundstein legen werde, auf dem der Frieden beruhen könne: Vollkommene Übereinstimmung und freundschaftliche Beziehungen zwischen allen Nationen der Welt.

Deutsch-russische Freundschaftsbeziehungen

Verlängerung des Berliner Vertrages

W.A. meldet amtlich: Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. o. Dierken, und der stellv. Volkstommislar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Krestinski, haben durch Unterzeichnung eines Protokolls den am 24. April 1926 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Vertrag sowie den dazu gehörigen Notenwechsel verlängert. Gleichzeitig ist das zwischen den beiden Regierungen am 25. Januar 1929 geschlossene Schlichtungsabkommen mit der Geltungsdauer des genannten Vertrages in Einklang gebracht worden.

In dem unterzeichneten Protokoll wird der Wunsch der beiden Regierungen Ausdruck verliehen, durch die Verlängerung des Vertrages die zwischen dem Deutschen Reich und der Ud.S.S.R. bestehenden freundschaftlichen Beziehungen fortzusetzen, die im Interesse beider Länder liegende Zusammenarbeit weiter zu pflegen und zugleich zur Sicherung des allgemeinen Friedens beizutragen. Der Vertrag kann mit erst einjähriger Kündigungsfrist erstmals am 30. Juni 1933 gekündigt werden, andernfalls läuft er automatisch weiter. Das Protokoll unterliegt der Ratifikation.

Der evangelische Kirchenvertrag in Preußen

Der Amtliche Preuss. Pressedienst meldet: Im preussischen Staatsministerium sind am 29. Juni die Ratifikationsurkunden zu dem Vertrage Preußens mit dem Evangelischen Landesverband zwischen dem Grafen Dr. Friedrich Winkler und dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun ausgetauscht worden.

Sportanzug-Tage 30. Juni bis 4. Juli

Freistaat Baden

Staatspartei und Volkspartei

In einem offenen Brief an Rechtsanwalt Steinel, den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei in Baden, stellt der stellvertretende Vorsitzende der badischen Staatspartei, Freudenberg, gegenüber den Vorwürfen der Volkspartei Seite noch einmal ausdrücklich die Loyalität der Staatspartei während der letzten Monate gegenüber der Volkspartei fest. Er schildert den Gang der Verhandlungen, wiederholt, daß er bei der Besprechung mit dem Abgeordneten Reinhold erklärt habe, daß nur eine Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft oder überhaupt keine in Frage komme und schließt:

Nach diesem Stand der Dinge stelle ich ausdrücklich fest, daß wir Ihnen gegenüber in jeder Weise loyal gehandelt haben. Ich weise für mich und meine Freunde den Vorwurf, die Arbeitsgemeinschaft preisgegeben zu haben, mit aller Entschiedenheit zurück. Ich behaupte vielmehr, daß Herr Dr. Matthes uns bewußt überangen, Sie und Ihre Freunde vor vollendete Tatsachen gestellt und damit der von so vielen, besonders auch von mir, erhofften einstigen Zusammenfassung des freibeitlich gesinnten Bürgertums in Baden einen kaum wieder auf zu machenden Schaden zugefügt hat.

Die Gehaltshürzung als Werk unsozialer Bürokratie

Von einem unteren Beamten wird uns geschrieben:

In einer Zeit, in der das Millionenheer der Arbeitslosen als Verbraucher und Käufer stark benachteiligt ist, spielt natürlich die Frage eine Rolle, wie stark die Kaufkraft der Beamtenschaft ist. Sie stellt ja mit ihren Angehörigen einen beachtenswerten Teil der Gesamtbevölkerung dar. Jeder Geschäftsmann, der Beamte zu seinen Kunden zählt, weiß nun, daß ihre Mittel immer mehr verfallen und ihre Geldknappheit einen besonderen Tiefstand erreicht hat, als am 1. 2. 31 der sechsprozentigen Gehaltsabzug auftrat, der doch hauptsächlich die unteren Beamten traf. Schon damals ging eine große Entrüstung durch die Reihen der unteren und mittleren Beamtenschaft. Das Lebensniveau der unteren und mittleren Beamten ist heute so eng bemessen, daß er sich nur noch das allernotwendigste kaufen könne. Betrachtet man die Stufenleiter am anderen Ende, so läßt sich sagen, daß die hohen Beamten, vom Ministerialdirektor aufwärts, hinreichend für heutige Verhältnisse sogar gut bezahlt sind und daher von ihrem Gehalt oft sogar etwas erübrigen können, was bei den unteren und mittleren Beamten überhaupt nicht möglich ist.

Trotzdem ist wiederum eine Welle über die Beamten hinweggegangen, die wiederum eine Kürzung des ohnehin geschnittenen Gehalts mit sich brachte. Hier aber hat sich in stärkeren Umfassen gezeigt, die unsoziale Schaffung der prozentualen Kürzung, das wiederum bei den Einkommen der unteren Klassen 4 bis 5 Prozent beträgt. Rechnet man nun den sechsprozentigen und neuerdings auf Grund der Notverordnung auferlegten Abzug von 5 Prozent, so ergibt sich eine Kürzung des Gehalts einschließlich des sechsprozentigen Abzugs von 11 Prozent vom Bruttogehalt. Die im Jahre 1927 eingetretene Gehaltserhöhung brachte eine prozentuale Gehaltserhöhung von 16 Prozent. Betrachtet man aber die im Jahre 1927 eingetretene Gehaltserhöhung der hohen Beamten bis 71 Prozent, so findet hier eine Kürzung von 8 und 8 Prozent = 14 Prozent statt. Es hätte hier unbedingt eine Kürzung so einsehen müssen, so wie der Aufbau des Gehalts 1927 stattgefunden hat. Stellt man nun aber einen Vergleich dar, so muß jeder Staatsbürger, der ein klein wenig soziales Empfinden hat, zu der Überzeugung kommen, daß man sich ein unsozialeres Gesetz nicht denken kann. Gewiß haben wir die Überzeugung, daß in einer solchen schweren Zeit jeder Staatsbürger nach seinen Kräften beitragen muß, um über die schwere Zeit hinwegzukommen, aber eine solche nur auf der breiten Masse lastende Aufertigung muß unter allen Umständen abgelehnt werden.

Gegen den Lohndruck des badischen Innenministers

Tagung des Bezirksvorstandes des Gesamtverbandes

Der Einriff in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeitnehmer durch die Notverordnung des Reichspräsidenten hat das badische Innenministerium veranlaßt, diese Situation noch durch einen Erlass vom 24. Juni 1931 besonders zu verschärfen. Gegen diese einseitige Politik hat der Bezirksvorstand des Gesamtverbandes in einer Sitzung am Freitag, den 26. Juni, Stellung genommen. Nach einem eingehenden Referat des Bezirksleiters Kollegen Karl Bärker über die Notverordnung und ihre Aus-

wirkung auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, wobei er auch den Erlass des badischen Innenministeriums bekannt gab, wurde die nachfolgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Der am 26. Juni in Karlsruhe tagende Bezirksvorstand des Gesamtverbandes erhebt mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen die Verordnung des badischen Ministers des Innern vom 24. Juni, wonach die Gemeinden, Kreise usw. bis 10. Juli über die Kürzung der Lohnbezüge ihrer Arbeiter mit Wirkung ab 1. Juli zu berichten hätten.

Diese Verordnung verschärft die Bestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni, die die Anhebung der Löhne der Staats- und Gemeinbediensteten an die Löhne der Reichsarbeiter ab 1. Oktober vorsieht, so stark, daß sie zum entschiedenen Protest herausfordert.

Der Bezirksvorstand des Gesamtverbandes erwartet auf das bestimmte, daß der badische Minister des Innern alsbald der gegenwärtigen Rechtslage Rechnung trägt und seine Verordnung vom 24. Juni aufhebt bzw. ändert.“

Weiterhin wurde die Bezirksleitung aufgefordert, sofort mit dem Ministerium in Verbindung zu treten, um eine Klärung herbeizuführen. Der Bezirksleitung wurde im übrigen Vollmacht erteilt, in bezug auf die Notverordnung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Einriff in die bestehenden Tarife abzuwehren.

Der „Dank des Vaterlandes“

Von Berthold von Deimling, General d. Inf. a. D.

Baden-Baden, 27. Juni.

Am vergangenen Sonntag herrschte schon vom frühen Morgen an in den Straßen unserer Vaterstadt ein Betrieb, wie wie ihn in diesem fremdenarmen Sommer leider noch nicht erlebt haben. Tausende Männer und Frauen waren aus allen Gegenden Badens zum Teil mit Sonderzügen zusammengeführt.

Der Zweck dieses Massenbesuchs nicht schon aus der Zeitung erfahren hatte, konnte ich unshmer erraten an den vielen Lächeln und Kränzen, an Einarmigen, Holzbeinen, Krücken und Kolliflüssen, in denen diejenigen gefahren wurden, die überhaupt keine Beine mehr hatten.

Es waren die badischen Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, soweit sie im „Reichsbund“ organisiert waren. Unlässlich der Gantagung dieses Bundes hierher gekommen, die um 11 Uhr vormittags in der Stadthalle stattfand.

Da sahen sie alle, die Kriegesopfer von Mühlhausen, von der Soagen, von Loreto, der Somme, vom Hartmannsweilerkopf und wie alle die großen Schlachten der badischen Truppen heißen. Und zwischen den Männern sah man die verbürmten Gefährten der Kriegeswitwen, viele in ihren Schwarzwälder Trachten.

Tiefer Ernst lag über der Versammlung. Man hatte gehört, daß die Notverordnung vor den Kriegesopfern nicht halt mache — aber Genanes wählte man nicht.

Nach einer Totenehrung und dem ergreifenden Lied vom „auten Kameraden“ mußte ich über Lusttrug und Ableitung sprechen. Ich ließ meine Ausführungen ausklingen in die den Versammelten aus dem Herzen gesprochenen Lösung: „Krieg dem Krieg! Vorwärts zu neuen hohen Menschheitszielen!“

Alsdann errieff der Bundesvorsitzende, Herr Pfänder aus Berlin, das Wort zu einer erhebenden Ansprache. Als er mitteilte, daß die Notverordnung die Renten der Kriegesopfer nicht um 4 bis 6 v. H., sondern bis 27 v. H. verfürze, löste sich der allgemeine Bann in Rufen der Enttäuschung, der Bitterkeit und der Entrüstung aus und es bebte die beruhigenden Worte des Versammlungsleiters, um die hochgehenden Wogen wieder zu glätten.

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß“, so hat man uns einst gesagt — fuhr der Redner in seiner Ansprache fort — „und jetzt sind wir verlassen. Man möchte als Kriegsteilnehmer am liebsten in eine stille Ecke gehen und weinen.“

Nur aber lief die Galle über vor Jora und Scham über eine Notverordnung, die in diesen Armeen der Armen das Gefühl erwecken mußte und tatsächlich erweckt hat, daß sie von ihrem Vaterland verlassen seien. — Haben denn diese Unlücklichen nicht viel mehr für ihr Vaterland schon geopfert, als wir andern alle? — Bis an ihr Ende müssen sie die Vertümmelungen und Weiden ihres Leibes tragen und nun sollen sie auch noch von ihren kargen Renten opfern? — Das darf nicht sein! Das kann der Reichstag nicht dulden! Die Kriegesopfer dürfen in den Opfernans, den das deutsche Volk jetzt geben muß, nicht mit einbezogen werden.

Bei der Taufe des Panzerkreuzers in Kiel hat man von der Ehre des Vaterlandes geredet. Ich meine, daß die Ehre des Vaterlandes vor allem Dankbarkeit gegen seine Kriegesopfer fordert.

Nazidrohungen gegen thüringischen Landbundesminister

Weimar, 28. Juni. (S.P.)

Das amtliche Organ des Thüringer Landbundes enthält in seiner Samstagausgabe einen Drohbrieff, der dem thüringischen Staatsminister Baum durch Boten unter „persönlich“ überreicht wurde. Der Brieff lautet:

„Herrn Staatsminister Baum, Weimar. Sie haben mal wieder recht dummes Zeug gesagt! Mit Ihren Ausführungen sind Sie aber auf dem Holzwege. Die Nazis werden es Ihnen schon noch richtig bejagen! Fürchtbare Angst scheinen Sie vor denselben zu haben. Dem Landbund wird es bei den nächsten Wahlen Landtag und Landwirtschaftskammer) in Thüringen ebenso ergeben wie in Oldenburg und Sachsen. Dann wird auch Ihre Ministerberühmtheit zu Ende sein und Sie können wieder Mist fahren! Soudel recht Ihnen schon noch richtig den Kopf waschen, Sie alter Faselwans! Hoffentlich folgen Sie Ihrem Freund Höfer bald in die Ewigkeit nach. Die Waischen von Pa. sind nicht so ohne. Sitten Sie sich! Soudel knallt es auch mal bei Ihnen!“

Der Thüringer Landbund stellt zu dem Drohbrieff fest, daß er die Folge der persönlichen Heke sei, die in der Zeitung Der Nationalsozialist, die in Weimar erscheint, ständig betrieben werde.

Pa., auf den in dem Brieff Bezug genommen wird, ist der nationalsozialistische Lehrer Papenhof, der kürzlich im Landtag einen sozialdemokratischen Abgeordneten tätlich an-

gegriffen hat. In der Rede von Baum, die in dem Brieff einleitend erwähnt wird, hieß es u. a., daß dem Aufstieg der Nazis ebenso schnell ein Abstieg folgen werde.

Nebenergütungsürzung in Braunschweig

Die braunschweigische Regierung hat alle Nebenergütungen der im Staatsdienst beschäftigten Personen mit Wirkung vom 1. Juli um 20 Prozent gekürzt. Einnahmen aus schriftstellerischer, künstlerischer und Gutachterstätigkeit werden nicht erfasst. Der ausländische Minister kann im Einzelfall weitergehende Kürzungen vornehmen. Privatpersonen, die Nebenergütungen aus der Staatskasse beziehen, müssen 20 Prozent an die Staatskasse abführen.

Aus dem Gerichtssaal

Das Urteil im Heidelberger Wohnungsbauprojekt Heidelberg, 29. Juni. Im Prozeß gegen die Geschäftsführer der Heidelberger Wohnungsbau G.m.b.H. wurde am heutigen 9. Tage, abends 6 Uhr, folgendes Urteil verkündet:

Rechtsanwalt Ludwig Müller wegen fortgesetzter Untreue und einfachen Bankrotts 3 Jahre 3 Monate Gefängnis, Diplomatmann Alfred Goldschmidt wegen derselben Vergehen ein Jahr Gefängnis. Die Unteruchungshaft wird beiden voll angerechnet.

Der Oberstaatsanwalt hatte gegen Müller wegen betrügerischen Bankrotts und Untreue 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust und gegen Goldschmidt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis beantragt.

Während des Sonderverkaufs geben wir Einzelstücke in unserer bekannt guten Verarbeitung und feinsten Ausstattung zu besonders stark ermäßigten Preisen ab Sporthaus Freundlieb Karlsruhe

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Tagungen

Tagung des Reichsstädtebundes

Gesamtvorstand und Hauptauschuss des Reichsstädtebundes hielten am Samstag, 27. Juni, in Mainz ihre Tagung ab. Nach Eröffnungsreden von Oberbürgermeister Dr. Bellian, von Ministerialdirektor Menzel, Staatsrat Karher und Ministerialdirektor Dr. Wegden ergriff Staatsminister a. D. Dr. Drems, Präsident des Preussischen Oberverwaltungsgerichts, das Wort zu einer Gedankrede auf den Freiern vom Stein. Der Redner beschäftigte sich besonders mit der Städteordnung aus dem Jahre 1808, in der die Selbstverwaltung so klar abgegrenzt sei, daß sie später für alle Städte und Gemeinden zum Anknüpfungspunkt geworden sei. Nachdem der Redner auf die Souveränitätsansprüche der deutschen Territorialstaaten in der Gegenwart eingegangen, schloß er mit den Worten Steins: „Ich kenne nur ein Vaterland, und das ist das ganze Deutschland, nicht nur ein Teil davon.“

Dr. Surup, Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, sprach dann über die Probleme der Arbeitslosigkeit. Die Krise, die in der Welt mehr als 20 Millionen und in Deutschland allein vier Millionen Arbeiter und Anestellte aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet habe, würde sich in allen Ländern mehr oder weniger stark auswirken. Alle anderen Länder könnten auf Reserven zurückgreifen. Deutschland aber, das die Hälfte seines nationalen Vermögens verloren habe, sei diese Möglichkeit verschlossen. Wohl könne und müsse die Reichsanstalt bei der Vertrauenskrise auf dem Kreditmarkt jeder Gefährdung der Markt entgegenarbeiten, doch würden die nötigen Einriffe der Reichsanstalt zu Lasten des Arbeitsmarktes gehen. Dann behandelte der Redner die Notverordnung, bei deren Bestimmungen über betroffene Kreis in erster Linie keine Opfer, die Belastung anderer Kreise aber mitempfindlich schwer betroffen worden. Alle Vorklagen zur Milderung der Arbeitslosigkeit müßten nicht nur auf ihre arbeitsmarktpolitische Wirkung, sondern auch auf ihre finanzielle und allgemeinpolitische Bedeutung geprüft werden. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß die nächste Zeit auf dem Gebiet der Reparationen nicht nur verständnisvolle Versicherungen, sondern Tatsachen bringen würde. Der geschäftsführende Präsident, Dr. Daefel, berichtete dann über die Kommunal Finanzen.

Verein der höheren Verwaltungsbeamten Badens

Der Verein der höheren Verwaltungsbeamten Badens hielt am Sonntag, den 21. Juni 1931, in Baden-Baden seine diesjährige außerordentliche Hauptversammlung ab.

In dem Tätigkeitsbericht, den der Vorsitzende über das vergangene Vereinsjahr abgab, wurde auf die Reichshilfe und den Gehaltsausgleich durch die Notverordnungen vom 1. Dezember 1930 und 5. Juni 1931 in dem Sinne Stellung genommen, daß bei voller Beweiskraft dem Reich und dem Staat in schwerer Zeit Opfer zu bringen, eine Sonderbelastung der Beamtenenschaft als hart und unbillig empfunden werde. Betont wurde, daß die Erkenntnis von der durch das Staatsinteresse bedingten Notwendigkeit der Erhaltung eines Staatstreuen, unantastbaren Berufsbeamtenstums in alle Bevölkerungskreise dringen müsse.

Von dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, Dr. Schneider, wurden weiter die durch den Bericht der Sparkommission wieder angeregte Frage der Verwaltungsreform in Baden und die augenblicklich möglichen Sparmaßnahmen im Gebiet der inneren Staatsverwaltung eingehend erörtert. Den Abschluß bildete ein äußerst anregender Vortrag des Regierungsrates Dr. Dalchow-Berlin über das Thema: „Gedanken über die englische Verwaltung, insbesondere die Selbstverwaltung.“ Der bisherige Vorstand wurde mit geringen notwendigen Änderungen einstimmig wieder gewählt.

Tagung des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins

Der Bad. Landwirtschaftliche Verein hielt seine ordentliche Hauptversammlung in Karlsruhe ab. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht für 1930 sowie das nach den bis zum Abgangstage vorliegenden Berichten der Bezirksvereine, möglich war; danach ist eine rege Tätigkeit in den Bezirken festzustellen und eine Zunahme des Vermögens der Bezirksvereine mit rund 20.000 Mark.

Ueber das Warengeschäft erstattete Geschäftsführer Wilmann Bericht, dem zu entnehmen ist, daß sich das Geschäft nicht nur auf seiner bisherigen Höhe gehalten, sondern Fortschritte gemacht hat. Hauptwert und alle Sorgenfeld vermindert der Verein ohne die anderen Ziele zu vernachlässigen heute wie schon seit Jahrzehnten auf die Vermittlung von Saatgut, vornehmlich Originalsaat und anerkannte erste Abfaat.

Die Versammlung stimmte dem Antrag zu und genehmigte den Vorschlag, hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht über die Verhandlungen bezüglich der Bereinigung der landwirtschaftlichen Organisationen und wies auf seine Ausführungen in den Nr. 21, 22, 23 und 25 im

Badischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt hin, die er in einigen Punkten ergänzte. Zu der daran sich anschließenden lebhaften Aussprache begründeten einige Vertreter das Verlangen nach Aufgabe des Warengeschäftes damit, daß die Einigkeit durch das Nebeneinanderbestehen zweier Warenlieferungsstellen gefährdet werde und eine Konkurrenz in der heutigen Zeit nicht förderlich sei, die andere Seite aber der Meinung Ausdruck, daß die Warenvermittlung des Bad. Landwirtschaftlichen Vereins gerade deshalb bestehen bleiben müsse, um benachteiligten, insbesondere Kleinlandwirten, welche genossenschaftlich nicht gebunden sein wollten,

die Möglichkeit zu geben, ihre landwirtschaftlichen Bedarfsartikel bei einer landwirtschaftlichen Organisation zu beziehen, ohne ein genossenschaftliches Risiko eingehen zu müssen. Ein Ausgleich hierfür findet in der Bereitschaft der Zentralgenossenschaft die Warenvermittlung im Laufe der Zentralgenossenschaft weiterzuführen, nicht gegeben. Es wurde über die Beibehaltung oder Aufgabe des Warengeschäftes abgestimmt und es ergab die namentliche Abstimmung bei 5 Stimmenthaltnungen 31 gegen 14 Stimmen für die Beibehaltung der Warenvermittlung des landwirtschaftlichen Vereins.

Von Wedekind zum Hakenkreuz

Merkwürdige Vorgänge beim Georg-Müller- u. Albert-Langen-Verlag Die Reaktion läuft Buchverlage

Die Münchener Post veröffentlicht folgende interessante Feststellungen:

Der bedauerliche Selbstmord des Prokuristen Karl Krause im Büro des Georg-Müller-Verlages hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Vorgänge in diesem Verlag gelenkt, der früher ein wesentlicher Teil der immer mehr zusammengegründeten freirechtlichen Kultur Münchens gewesen ist. Es genügt, die Namen Wedekind und Strindberg zu nennen, die diesem Verlag sein Gepräge gegeben haben. Heute geht die Verlagsliste aber bis zur ausgeprochenen nationalsozialistischen Propaganda. Weswegen es ja auch selbstverständlich ist, daß das Münchener Hitlerorgan sich zum wütendsten Verteidiger des neuorientierten Verlages aufgeworfen hat.

Die Beurteilung der Öffentlichkeit, die an dem Fortbestand der Reihe weltlicher Kultur in München interessiert ist, ist umso größer, als gleichzeitig die Aufassung des Verlags Albert Langen in München bekannt wird. Auch dieser Verlag hat eine große freirechtliche Vergangenheit. Sam Jun, Andersen, Rex, Selma Laagerlöf hatten hier ihre Heimstätte; neben Gesamtausgaben von Ludwig Thoma und Max Dautenther gab dieser Verlag sogar die hochflughen Werke der Gräfin Reventlow und Kunstbücher von Eduard Fuchs heraus. Um die begründete Beurteilung der Öffentlichkeit abzumehren, veröffentlicht der Georg-Müller-Verlag in den MN, Sonntagsausgabe vom 21. Juni, eine Erklärung, die an Ungeheuerlichkeit nicht zu überbieten ist.

Die Erklärung der neuen Verlagsleitung gibt uns Anlaß, den Schleier von Vorgängen zu ziehen, die für die deutsche Kultur gleichbedeutend sind wie für die deutsche Politik; diese Vorgänge haben sich wohlweislich bisher im Dunkeln gehalten.

Die Georg-Müller-Verlags-G. m. b. H. hat 1929 ihr Aktienkapital auf 12 Millionen Mark erhöht. Das der Verlag vorher in finanzieller Bedrängnis war, war für die Eingeweihten kein Geheimnis. Die deutliche Reaktion hatte erfahren, daß hier ein wehrloses Opfer zum Anlauf bereit lag. Von den 1200 Aktien besaß 1929 der Deutsche Nationalsozialistische Handlungsgehilfenverband 1048 Aktien, in der Generalfammlung 1929 betrat der Deutsche Nationalsozialistische Handlungsgehilfenverband und Herr Friedrich Stoffer, Angehöriger des Deutschen Nationalsozialistischen Handlungsgehilfenverbandes und Vorstand seiner Bankabteilung, 548 Aktien.

Es ist höchst bemerkenswert, daß eine angelegliche Angestelltenorganisation einen Münchener Verlag aufkauft. Mitgliedsbeiträge einer sogenannten Gewerkschaft sind eigentlich zu etwas anderem bestimmt. Noch viel bemerkenswerter ist aber die Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat, die leidend eingerichtet worden ist, wozu sich jedermann aus dem Handelsregister überzeugen kann.

Da finden wir als Vorsitzenden des Aufsichtsrates den Ministerialrat a. D. Weydenbauer, von dem erzählt wird, er habe den Staatsdienst verlassen, um nicht den Eid auf die Verfassung leisten zu müssen. Ferner finden wir einen Vizeadmiral a. D. Dänhardt und einen Reichstagsabgeordneten Wilm. Kalle, der zum Kommandeur der 1. G. Farben gehört, denen man bekanntlich in letzter Zeit auch weitgehende Presseinteressen nachge-

lost hat; noch bezeichnender für die Richtung ist als Aufsichtsrat des Verlages der Herausgeber des bayerischen Deutschen Volksstimme, Wilhelm Stavel, und der Herausgeber der seit dem Aufstehen Delbrücks ganz reaktionären Kreuzzeitung, Walter Schütte. Am interessantesten ist aber, daß der amerikanische Millionär Alfred Stallforth, Mitbegründer des Verlags eines Warenhauses Woolworth im New York, dem Aufsichtsrat eines Verlags angehört, der im Eigentum des Deutschen Nationalsozialistischen Handlungsgehilfenverbandes steht. Die Verbindung ihrer Vizeadmirale und anderen „Gewerkschaftsspezialisten“ mit diesen Verren wird für die breiten Mitglieder des Deutschen Nationalsozialistischen Handlungsgehilfenverbandes gewiß ebenso interessant sein wie die Frage, warum man mit ihren Mitgliederbeiträgen einen Münchener Verlag aufgelaufen hat. Außer einem Vizeadmiral hat aber der Georg-Müller-Verlag auch einen Korvettenkapitän, Gustav Pesold, der den Vorstand des Verlages leitet. Die plötzlich erwachte Liebe der früheren Kriegsmarine zur deutschen Literatur wird Wedekind sicherlich Anlaß zu glänzenden Witten geben, wenn er vom Jenseits auf seinen früheren Verlag herablickt.

Der Deutsche Nationalsozialistische Handlungsgehilfenverband gibt eine Zeitschrift, Die Handwerksmacht, heraus, die bestia seien die Doppelverdiener weiten. Wüthen die breiten Mitglieder des Verbandes, wie die Praxis ihrer Verbandsleitung aussieht! Der Korvettenkapitän a. D. Pesold besitzt doch wohl eine Pension? Nun, als Vorstand des Georg-Müller-Verlages besteht er daneben ein Gehalt, das auf 60.000 M. jährlich angegeben wird, das jedenfalls aber reichlich genug ist, ihm den Ankauf eines sehr teuren Porsche wagens zu gestatten. Ob seine Ausbildung in einer Sortimentsbuchhandlung in Tübingen ihn zum Leiter eines großen deutschen Verlages prädestiniert, bleibe dahingestellt; sichtlich kommt es eben auf politische, nicht auf verlegerische Ziele bei der ganzen Sache an; in dieser Hinsicht läßt ihn schon seine Freundschaft mit dem vielseitigen Minister Treviranus geeignet erscheinen. Und arbeiten der Vizeadmiral Dänhardt, der im Aufsichtsrat sitzt, und der Hauptmann a. D., der in der Leitung dieses kriegerischen Verlages sitzt, neben ihren Pensionen umsonst?

Nach diesen Einzelheiten, deren Fortsetzung wir uns bei Bedarf vorbehalten, mag die Öffentlichkeit beurteilen, ob die Erklärung der neuen Verlagsleitung treffend ist oder nicht!

Der ist es nicht irreführend, wenn man „berichtigt“, daß die Verlagsleitung vor der Kündigung nicht gewarnt worden ist, denn Krause würde sich ein Leid antun, während in Wirklichkeit die Warnung eben von einem Mitglied der Verlagsleitung selbst ausgesprochen ist? Unbekümmert um die furchtbare Folge der Kündigung des alten Direktors Karl Krause beim Georg-Müller-Verlag hat man bereits beim Vizeadmiral a. D. Weydenbauer die einträgliche neue Verträge erhalten haben. Von ungefähr 20 Angestellten des Langens Verlages wurden sichtlich 13 entlassen. Ein weiterer Beispiel deutscher nationaler Angestelltenfäulnis! Die Umwandlung der beiden alten Münchener Verlage in eine Verlagsanstalt der deutschen Kriegsmarine wäre erheiternd, wenn sie nicht ihre bittersten Seiten hätte. Man braucht bloß an die jenseitigen Wirtschaftsexperimente des Kapitänleutnants Pesoldmann zu denken, um der verlegerischen Tätigkeit der Kriegsmarine mit Spannung entgegenzusehen. Außer der drohenden Gefährdung des deutschen Kulturgutes bedeutet das Eindringen deutschnationaler Kapitalien in diese beiden Münchener Verlage auch eine politische Gefahr.

DAS BIETET ALTSCHÜLER
DAS SCHUHWARENHAUS FÜR SÜDDEUTSCHLAND

Schwarze Boxcaif- und Chevrr-Damen-spangenschuhe, bequeme Formen, Rahmenarbeit.
Eleg. Damen-Lack-spangenschuhe, Rahmenarbeit.
Braune u. schwarze Boxcaif- u. Lack-Herren-Halschuhe, immer mod. Formen, Rahmenarb.

9.90

DAS BIETET ALTSCHÜLER
DAS SCHUHWARENHAUS FÜR SÜDDEUTSCHLAND

Feinfarbige India-Chevreaux-Damen-spangenschuhe mit L. XV. Absatz. Elegante Form.
Feinfarbige Robchevreaux-Damen-Spangenschuhe mit Blockabsatz weiß gedoppelt.
Braune Rindbox-Herren-Halschuhe, moderne Form, weiß gedoppelt.

6.90

DAS BIETET ALTSCHÜLER
DAS SCHUHWARENHAUS FÜR SÜDDEUTSCHLAND

Elegante Lack-Damen-Spangenschuhe mit hell. Lederfutter.
Solide schwarze und braune Robchevreaux-Damen-Spangenschuhe, bequemer Absatz.
Schwarze Rindbox-Schnür- und Agraffenstiefel, Größe 27 bis 35.
Feinfarbige Robchevreaux-Halschuhe mit brauner Kombination, Größe 27 bis 35.

4.95

ALTSCHÜLER
Karlsruhe Kaiserstraße 118 Schützenstr. 50

Ein Werbeangebot
das die auerere wöhnliche Leistungs-fähigkeit unserer

Betten - Abteilung beweist!

Seegras - Matratze Stelle, jede Größe, mit gutem Drell 1950
Woll - Matratze Stelle, mit quardrell, zute Wollmüllung 2450
Kapok - Matratze Stelle, mit rein Java - Kapok, Jacqu. - Drell 4300

Seegras in Qualität, sehr bill. -14
Rein Java - Kapok mit Matrasa 1.50
Robhaac, garantiert rein per Pfund 2.50

Einmalige Gelegenheit:
Rob - Schweißhaar garant. schöne Qualität . . . Pfund 2.90

Wir arbeiten Ihre Matratzen auch bei Ihnen im Hause sachmännlich am Arbeitsplatz für eine Stellige . 9.50

Beländer
DAS HAUS DER QUEN - WER - WAREN
Kaiserstraße 121 Telefon 238

Wanzen, Käfer, Ratten, Mäuse
vertilgt radikal mit Garantie und billiger Berechnung

Ungeziefer-Vertilgungs-Anstalt
Fr. Höllstern
Karlsruhe, Herrenstraße 5 - Telefon 5791

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.): Beszelstr. 32, St. IV
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“, Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils v. 6-7 Uhr

Diese Woche!
1. Bad - Wohlfahrts - GELD - LOTTERIE - ZIEHUNG 4. JULI

25000
10000
8000
7000

LOS 50³ DOPPL. LOS 25³ N
PORTO - LISTE 35³

Stürmer
MANNHEIM - O - 3 - 77
POSTSCH. KTO - 17943 K/Re
u. alle Verkaufsstellen

Speisezimmer
in laut Ruhbaum. Es besteht aus 1 Speisetisch mit abgerund. Ecken, 1 Stuhl, 1 Wandstühl, 4 Polsterstühle. Das Zimmer ist einzeln schön in seiner Art. Der Preis für dieses kompl. Zimmer beträgt nur

525.-
möbel - Krämer
Karlsruhe, Kaiserstr. 30

Schlafzimmer
Notverkauf.
Schweres eigenes Zimmer, allerbeste Schreinerarbeit, taum gebraucht, wie neu, 350.- u. unter Kaufpreis gegen bar zu verkaufen. Off. unt. Nr. 5249 an den Volksfreund.

Junge Karotten 2 Bund 15³
Schoienerbsen Pfund 18³
Grüne Bohnen Pfund 15³
Salafgurken 2 Stück 35³
Tomaten Pfund 25³
Kirschen Pfund 10³
Orangen 8 Pfund 35³
Neue Kartoffeln 8 Pfund 35³
Neue Maisjes 2 Stück 20³
Pfirsiche weißfleischig, 2 Pfd. 85³ Pfund 45³

Unsere Spezialität:
Bauernbrot nach Hanauer Art
3 Pfund - Laib 52³ 1½ Pfund - Laib 29³

HERMANN KARLSRUHE

Rekord-Schuhbesohli-Anstalt
Adlerstr. 7, bei der Kaiserstr.

Unser Prinzip: Gut, schnell und billig!

Unsere Preise für Schuhreparaturen bei Verwendung von der Kerleder:

Opansen-Sohlen wie neu RM. 2.³⁰
Damen-Sohlen 2.-
Damen-Fleek 1.-
Herrn-Sohlen 3.-
Herrn-Fleek 1.-

Ago oder genäht 30 Pfg. mehr
Kinderschuhe je nach Größe von RM. 1.60 an
Schuharbeiten RM. 1.00

Spezialität: Touren- und Skierstiefel-Reparaturen in tadelloser Ausführung

Gut erhaltene Stiefel und Liegepausen billig zu best. Gebühnen, Kaiserstr. 94, L. 2907



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1898 Erfurter Aufrührerprozess. — 1924 Regierungskrise in Italien (Matteotti-Mord). — 1922 Georg von Soltman. — 1928 Grubenkatastrophe bei Roches-la-Molière, Frankreich (55 T.). — 1929 fBelastiger Sozialist Josef Wauters. — 1930 Rheinland besatzungsfrei.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Drissauschuß Karlsruhe

Der Vorstand, die Delegierten des Drissauschusses, sowie die Vorstandsmitglieder der angeschlossenen Verbände waren in Karlsruhe zu einer Verammlung zusammengetreten, in der der Landessekretär Kollege F ü h r t ein ausführliches Referat über „Die Notverordnung und ihre Auswirkungen“ sprach.

Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Drissauschussvorsitzenden Kollegen F ü h r t gab zuerst Kollege Stadtsekretär Rothm a t e r Bericht über die Generalversammlung der Badischen Beamtenbank, die an sich einen sehr guten Verlauf genommen hat. Es muß auch von unseren AD-Delegierten festgestellt werden, daß trotz der schwierigen Wirtschaftskrise die Entwicklung der Badischen Beamtenbank als die größte der deutschen Beamtenbanken ganz gesund ist und daß sie durch die Art ihrer Geschäftsführung den Beamten eine wertvolle Stütze war.

Danach nahm Kollege F ü h r t das Wort zu seinem Referat über die Notverordnung und ihre Auswirkungen. Er wies darauf hin, daß wir zweifellos in eine der schwierigsten Zeiten Deutschlands geraten seien. Soweit wie es sich bisher überleben läßt, beträgt der gesamte Fehlbetrag bei Reich, Länder und Gemeinden und bei der Arbeitslosenversicherung rund 2½ Milliarden Reichsmark. Daß es bei diesen Zahlen nicht einfach ist, eine Deckung vorzunehmen, ist uns allen verständlich, doch eine Ausgabenkürzung vor allen Dingen vorgenommen werden muß, ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit und wenn unter den obwaltenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Schwierigkeiten für eine parlamentarische Mehrheit bestehen, so hat auch die Beamtenbank dafür Verständnis, die Notverordnung hier Beförderung verschafft. Wohingegen wir uns aber mit aller Entschiedenheit zu wehren haben, ist, wie man mit einer Notverordnung diese Beförderung für Reich, Länder und Gemeinden durchzuführen gedenkt. Insofern beabsichtigt man durch die Ausgabenkürzung 900 Millionen einzusparen und will darüber hinaus durch neue Einnahmehöbungen aus Krisensteuer, Versicherung der Lohnsteuererhaltungen, Verdoppelung der Zuerststeuer und Erhöhung der Zölle rund 700 Millionen einnehmen, so daß man insgesamt dann den Fehlbetrag von 1600 Millionen gedeckt hätte. Offen bleibt ein ungedecktes Defizit von rund 900 Millionen, das ausschließlich zu Lasten der Länder und Gemeinden geht.

Diese Situation ist für die Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte und Beamte der Länder und Gemeinden von besonderer Bedeutung. Erhalten die Länder und Gemeinden die heute zum großen Teil schon am Rande des Ruins leben, keine weiteren Einnahmen, so wird man von diesen Seiten über den Rahmen der bisherigen Kürzungen der Gehälter und Löhne weitere Versuche auf Senkung der Ausgaben für den Personaletat vornehmen. Man wird weiterhin auch die gesamten Wohlfahrts- und Kulturleistungen der Länder und Gemeinden amangalsmäßig auf ein Minimum herabdrücken. Hier ist es Aufgabe gerade der Beamtenvereinigungen und die Unabstorblichkeit dieser politischen Maßnahmen hinzuweisen. Die unsoziale Art der Notverordnung muß unter allen Umständen geändert werden. Dieses kann man nun unter keinen Umständen dadurch erreichen, daß man, wie das der Deutsche Beamtenbund in seiner Bundeszeitung zum Ausdruck gebracht hat, nur tut, indem man den Scheitern nach der Einberufung des Reichstags ausflüchtet. Das würde nichts anderes bedeuten, als den reaktionären Tendenzen der schwerindustriellen Volkspartei gerecht zu werden, die gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund die Einberufung des Reichstages verlangt. Hierbei ist aber noch festzuhalten, daß die Volkspartei nur deshalb den Reichstag zu der Aufhebung der Notverordnung veranlassen will, weil ihr die Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht weit genug ging. Wir haben alle Ursache im Interesse der deutschen Arbeitnehmerbewegung diese Gedankengänge der Deutschen Volkspartei zu durchkreuzen.

Die machtpolitischen Verhältnisse in Deutschland sind durch die Wahlen zum Reichstag so stark verschoben worden, daß wir jetzt nichts anderes tun können, als in unseren Organisationen die strengste Abwehrfront zu bilden. Wir haben deshalb mit der ehrlich denkenden Arbeitnehmererschaft und ihren wirtschaftlichen und politischen Vertretungen den Kampf für die Umgestaltung der Notverordnung dahingehend aufgenommen, daß wir die gesamten Mächte der gewerkschaftlichen Organisationen in die Wagschale werfen. Die einzige Konsequenz, die wir aus der gesamten Situation zu ziehen haben, ist sehr wohl die Aufforderung auch den letzten Mitarbeitern zu ertönen und sie auszuordnen, gerade jetzt in den Notzeiten geschlossen in der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung zusammen zu stehen. Nur die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung gibt uns die Gewähr, für ein ernstes Zusammenarbeiten mit den Arbeitern und Angestellten. Wir wollen deshalb auch alle Kräfte zur Werbung für unseren Allgemeinen Deutschen Beamtenbund einsehen. Gerade in der heutigen Zeit ist es verfehlt, in der Verzweiflung, die ganz sicher viel der unteren Beamten befallt, seiner Gewerkschaft den Rücken zu kehren. Hier muß vor allen Dingen die Aufführungsarbeit unter den Mitarbeitern einsehen, denn nur durch Einigkeit und Geschlossenheit im freigewerkschaftlichen Lager können wir noch schwierigeren Situationen und dem vollständigen Chaos aus dem Wege gehen.

Reicher Beifall dankte dem Kollegen F ü h r t für seine interessanten Ausführungen. An der sehr regen Diskussion beteiligten sich die Kollegen Löffler, Loß und Sammelmann vom Gesamtverband, Dögl und Zimmermann vom Reichsbund deutscher Polizeibeamten, Drossinger vom Bund der Beamten und Anwärter und Reißner vom Deutschen Waffnerverband.

Die sehr anregend verlaufene Drissauschusssitzung konnte nach Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen und der Aufforderung des Vorsitzenden sich an dem in Karlsruhe von den Kultur- und Gewerkschaftsorganisationen vorbereiteten „Tag der Arbeit“ zu beteiligen, um 11 Uhr geschlossen werden.

Schlimmer als der Krieg ist die Furcht vor dem Kriege

Von einem Beamten wird uns geschrieben: Obige unsinnige Worte zu lesen, bin ich heute, noch mehr als 12 Jahren nach dem Kriege gezwungen, weil der Adressat über meinem Büro Schreibtisch am 23. Juni 1931 oben erwähnten jeden hochpotenzierenden altdösterreichischen Spruch heute noch aufweist. Es wäre dem Verfasser dieses Quarts zweifellos Ehre anheim, würde man demselben all die Schreden und das furchtbare Elend des letzten Völkermordes heute nochmals vor Augen führen, denn wir leben die Folgen doch jeden Tag mehr. Nur ein Kriegsgewinnler, ein Kriegsfanatiker, ein Nazijüngling und evtl. auch noch ein irreführender Mitteilgeber kann so sprechen, ob er selbst daran glaubt, will ich bezweifeln. Ich kann mir nicht anders denken, als daß der in meinem Besitz befindliche Adressat bereits schon vor 1914 gebildet wurde, aber daß der Herausgeber ein politisches Kind ist. Er würde überflüssig, wenn er noch nicht gestorben ist und meine Kriegserwundung an eigenen Leibe spüren würde, mit mir zuzuhören: Nie wieder Krieg!

Judendorffe der Wirtschaft

Generaldirektor Vögler im Studentenhaus

Jedes Volk hat seine Halbgötter. In Deutschland tragen sie eine Krone auf dem Haupt. Heute ist das anders geworden. Denn jetzt ist Technik und Industrie Trumpf. Der Sa l b a g o t t heißt heute Herr Generaldirektor. In jedem Volkstum kommt ihr das feststellen: Führt oder Generaldirektor — dort erst fängt der Mensch an, was darunter ist, zählt nicht.

Kun haben auch wir in Karlsruhe das „hohe Glück“ gehabt, einen solchen Sa l b a g o t t zu haben und zu hören. Herr Generaldirektor Dr. Vögler sprach im Studentenhaus über „Deutsche Wirtschaftskrisen — und Sorgen“. Natürlich hat der Mann seine Sorgen. In solch schwerer Zeit haben sogar die Halbgötter Sorgen. Der eine macht sich leicht damit, der anderer schwer. Herr Dr. Vögler hat sich in seinem Vortrag leicht gemacht.

Einleitend sagte er, er habe nicht die Absicht, sehr in die Tiefe zu dringen. Bei Gott, der Mann hat Wort gehalten.

Arbeiter, wenn dich einer fragt, warum du arbeitslos bist, so wirst du sagen, daran ist die Wirtschaftskrise schuld, unter der die ganze Welt leidet. Denn du weißt, daß die deutsche Wirtschaftskrise in ihrer heutigen Ausdehnung nur zu verstehen ist in ihrem Zusammenhang mit der Weltwirtschaft. Herr Vögler meint aber, dem sei nicht so, man könne die deutsche Krise auch unabhängig von jener betrachten. Und mit diesem Wort erwähnte er mehr, als es auch an andere Länder mit einer Wirtschaftskrise und mit Millionen von Arbeitslosen gibt.

Herr Dr. Vögler ist einer der bekanntesten deutschen Wirtschaftsführer, folglich kann er nicht schuld daran sein. Genau wie im Kriege. Den haben ja bekanntlich nicht unsere Generale verloren, sondern die, die von ihnen geführt wurden und sich angeblich von den Rufen verführen ließen. Die Wirtschaftskrise wurde nicht etwa verursacht durch die falschen Kalkulationen der Wirtschaftsführer; schuld an der Krise ist, neben den Tributabgaben, der deutsche Arbeiter, speziell der deutsche Bergarbeiter und die Gewerkschaften, sagt Herr Dr. Vögler. Ja, Genosse, da staunt du! Und das beweist der Herr Generaldirektor an Hand von schönen statistischen Kurven, von Kurven, die ersichtlich sind, er lieh nämlich einen Film zu seinem Vortrag laufen. Und da erschien eine Kurve, das war der Lebenshaltungsindeks, und dann begann ganz in ihrer Nähe eine neue Kurve, die Lohnkurve der Bergarbeiter. Und die steigt nun und steigt in die Höhe, da wird dir ganz schwindelig davon, und sie steigt am Ende 1930 20 oder 30 Punkte über dem Lebenshaltungsindeks. Erst ganz zuletzt bekommt die Lohnkurve einen ganz kleinen Knick — 6 Prozent Lohnabnahme. Der Knick ist so klein, man merkt es kaum. Hast du auch nicht bemerkt, Arbeiter?

Und dann zeigte Herr Dr. Vögler, wie mit dem Ansteigen der Löhne auch die Halbenbestände anstiegen, beim enalischen Bergarbeiterstreik und dann wieder immer höher steigend, so hoch, daß man jetzt, wie er im Film zeigte, den Kölner Dom über und über mit Kohlen bedecken könnte. Und immer mehr Kohlen müssen von 1924 bis 1930 stillgelegt werden, weil sie — angeblich infolge der hohen Löhne — unrentabel werden. Ein Bild sollte besonders erschütternd sein. Da wurde gezeigt, wie sich die Bergarbeiterlöhne nach dem Kriege in den verschiedenen lohnfördernden Ländern entwickelt haben. Als Norm nahm er die Löhne des Deftationsjahres 1924. Und der erstaunte Laie sah nun, daß die Löhne aller anderen Länder ungenügend auf der Höhe des Lohnes von 1924 blieben, während die deutsche Lohnkurve immer mehr nach oben stieg, bis auf die Höhe von 150 Prozent, wenn man die von 1924 gleich 100 Prozent setzt.

Nein, Herr Generaldirektor, so bisig lassen wir uns nicht verführen! Warum erwähnten Sie nicht, daß 1924 für Deutschland kein normal zu wertendes Jahr war, sondern das Jahr der Stabilisierung und der Deflation, in denen die Lohnempfänger in einer besonders günstigen Situation waren, wie sie später nie wiederkehrte. Dieses Jahr als Norm zu setzen, und dann gar noch die Löhne

anderer Länder, die keine Inflation hatten, damit zu vergleichen, ist ein sehr eigenartiges Verfahren. Auch vergaß Herr Dr. Vögler zu erwähnen, daß es sogar in England Gebiete gibt, in denen die Bergarbeiter, verallgemeinert mit 1924, jetzt relativ genau so hohe Löhne erhalten, wie die deutschen.

Herr Dr. Vögler wollte beweisen, daß die deutschen Bergarbeiterlöhne vor allem an der deutschen Arbeitslosigkeit schuld seien. Seine eigenen Zahlen widerlegen ihn. Nach ihm liegen die Löhne der enalischen Bergarbeiter weit unter denen der deutschen — und doch liegen in England Millionen von Arbeitern auf der Straße. Wenn Herr Dr. Vögler seine wirtschaftlichen Kalkulationen ebenso schlecht führt, wie seinen „Beweis“, dann können wir wenigstens eine Ursache unserer Wirtschaftskrise. Webrigens fiel kaum ein Wort über die fehlgeleitete Rationalisierung im Ruhrbergbau und über die hierdurch entstandenen Verluste, die man jetzt durch einen neuen Lohnabbau (nicht unter 10 Prozent waren gefordert) auf die Schultern der Bergarbeiter abwälzen wollte. Sie dürfte wohl auch die Ursache sein für die Stilllegung zahlreicher Zechen. Auch verbeiflicht und Herr Dr. Vögler, daß trotz alledem 1930 die Zechenbesitzer einen Reingewinn von über 70 Millionen aufweisen konnten.

Die Rede war durchwürgt von Ermahnungen zur Vaterlandsliebe und schönem nationalem Phrazeageklänge. Dies diente, wie immer, dazu, die Läden auszufüllen, die der denkende Zuhörer finden mußte, und von denen oben einige wenige aufgezählt wurden. Herr Dr. Vögler sprach sachlich und ruhig. Nur an einer Stelle, da behüte die deutsche Männerbrust. Als er der Friedensfreunde gedachte, „Schurken“ und „Lumpen“ sind sie, sagte Herr Dr. Vögler. Die jungen Studenten trampelten laut Beifall, an so schönen Stellen.

Herr Dr. Vögler ist in erster Linie Sonditus und hat die Interessen seiner Gesellschaft zu vertreten. Und von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir uns wohl auch seinen Vortrag betrachten. Er hat im Studentenhaus eine der Dubendreden gehalten, mit denen das Unternehmertum versucht, bei Lohnverhandlungen und in der Presse ihre Interessen durchzusetzen. Es ist nur erstaunlich, daß diese Herrschaften mit solchen Belanglosigkeiten und demagogischen Klaffen allzu oft Schiedsprüche und ähnliches zu ihren Gunsten zu beschließen vermögen. Und der Beifall der jungen Studenten setzte nur wenige, wie nativ und hilflos die Mehrzahl der Wandermüter dieser Unternehmerrpropaganda gegenüber und wie sehr sie sich heulend klagen lassen durch statistische Kniffe und durch den Führerfleck, den die bürgerliche Presse mit dem Namen Vögler Serren wie Dr. Vögler treibt. Dieser Vortrag hatte mit Wissenschaftlichkeit nicht das Geringste zu tun. Wir erwarten, daß man uns in Zukunft mit solcher platten Unternehmerrpropaganda an einer Hochschule verweigert. Der Studentenschaft ist schon zur Genüge der soziale Geist und das Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft verloren gegangen. Hier wieder einzuhaken, wäre jetzt Aufgabe und Pflicht der Professoren, wenn sie nicht wollen, daß unsere Hochschulen allmählich auf das geistige Niveau jener amerikanischen Universitäten herunterkommen, die von großen Unternehmern finanziert werden und als Gegenleistung Wirtschaftsprüfung auf die Interessen ihrer Geldgeber treiben müssen. Wir müssen verhindern, daß auch bei uns die Wissenschaft zu Sklavin der Unternehmerrinteressen herabgewürdigt wird.

Wir haben in diesem Vortrag den typischen Arbeitgebervertreter gehört. Sein einziges Hilfsmittel gegen die Wirtschaftskrise ist der rigorose Lohnabbau. Vielen, die in diesem Vortrag waren, dürfte aber klar geworden sein, daß dies nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Wir schlagen daher vor, daß man endlich auch einen Vertreter der anderen Seite an der Hochschule zu Wort kommen läßt, denn nur auf diese Weise kann der Student auch in wirtschaftspolitischen Fragen zum kritischen Nachdenken veranlaßt werden. Auditor et altera pars.

Die neuen Zigaretten-Packungen

Zur Wiedereinführung der 10-Stück-Zigarettenpackungen wird uns von der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels geschrieben: Wie aus Händlerkreisen mitgeteilt wird, besteht bei den Kaufmann vielfach die Meinung, daß die neuen 10-Stück-Packungen bereits am 1. Juli im Handel erhältlich sind. Diese Auffassung ist falsch. Die Belieferung des Handels mit den neuen Packungen kann aus technischen Gründen vor dem 5. Juli vielfach nicht erfolgen. Der Handel wird deshalb bis dahin die noch vorhandenen alten Bestände zu den bisher gültigen Preisen ausverkaufen.

(1) Der neue Oberpostdirektionspräsident. Wie die Wälder melden, ist Ministerialrat G i e s vom Reichspostministerium mit Wirkung vom 1. August ds. Js. ab mit der Leitung der Karlsruher Oberpostdirektion betraut worden.

(2) Ritter Kurts Braunkauf. Von dem beim Brand des Münchener Gaspalastes vernichteten Delagierten von W. v. Schwind, Ritter Kurts Braunkauf, aus dem Besitz der Badischen Kunsthalle hat W. K r a u t t für sein Bod. Denkmalarchiv neben einer Gesamtaufnahme 18 einbeidende Detailaufnahmen angefertigt, die alle die feinen, lebenswichtigen Einzelformen des prächtigen Bildes zeigen. Eine Zusammenstellung davon ist im Schaufenster der Kunsthandlung Moos ausgestellt.

(3) Berufsberatung und Handwerk. Die Schneiderrangassinnung Karlsruhe teilt uns folgendes mit: In der Vorstandssitzung des Gewerbevereins und der Innungsausschüsse in Bruchsal wurde kürzlich die Frage über die Einstellung des Handwerks zu der öffentlichen Berufsberatung und Lehrstellenermittlung der Arbeitsämter behandelt. Auf Grund einer Umfrage der Handwerkskammer Karlsruhe sollen die Innungen diese Einrichtung im Allgemeinen ablehnen. Nach unseren Erkundigungen hat die Handwerkskammer Karlsruhe eine solche Umfrage jedoch nicht erheben lassen. Im Uebrigen erklären wir, daß wir die öffentliche Berufsberatung und Lehrstellenermittlung als für die Wirtschaft unerlässlich betrachten. Als Ergebnis einer mehrjährigen Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt können wir nur von den besten Erfahrungen mit dieser Stelle berichten, so daß wir im Interesse des Handwerks und der Sicherung eines guten Berufsnachwuchses glauben, auf die Arbeit der Berufsberatung nicht verzichten zu können. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir mit unserer Stellungnahme auch die Meinung des überwiegend größten Teiles des Handwerks treffen. Eine diesbezügliche Umfrage bei den Karlsruher Innungen der: Buchbinder, Damenfrisierinnen, Elektroinstallateure, Friseur, Konditoren, Maler, Metzger, Schuhmacher hat ergeben, daß sich diese der vorstehenden Erklärung rückschloß angeschlossen.

(4) Ueber „Das Sterilisieren im Gasbathen“ sprach am Montag, den 22., Dienstag, den 23. und Mittwoch, den 24. Juni d. J.

Frau E. Feitgen im Auftrage der Werbeabteilung des Gaswerks in der Gasballe im Stadtgarten. Wie sehr wichtig dieseartige Aufklärungsarbeiten für die Hausfrauen sind, bewies das starke Interesse; weit mehr als 1000 Personen waren der Veranstaltung gefolgt um sich von diesem Fortschritt hinsichtlich des Sterilisierens im Gasbathen selbst zu überzeugen. Frau Feitgen verstand es in geschickten Worten den Hausfrauen die Einfachheit dieser Sterilisationsart zu machen. Die Gaswerbeabteilung darf diese auf organisierten, von den Hausfrauen mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Vorträge, als vollen Erfolg bezeichnen.

Veranstaltungen

Kirchenkonzert zugunsten der Volkshilfsvereinsvereine. Wir möchten schon heute auf das am kommenden Sonntag, den 4. Juli, abends 7.30 Uhr, in der Christuskirche hier, stattfindende Kirchenkonzert aufmerksam machen. Die Veranstaltung hat besondere Bedeutung gewonnen, weil es sich hier um die zweite, dem das Konzert dient, als auch hinsichtlich seiner künstlerischen Leistungen. Erstmalig werden sich hier in Karlsruhe ein Kirchenchor an die dritte Defensionschöre, der W o l f f a b r i t s e r w e r d i o l e n zu dienen. Der Kirchenchor, dessen Mitglieder in der Hauptstadt zu den minderbemittelten Kreisen zählen, will seine Kräfte für die einheimischen Kreise infolge der schwierigen Wirtschaftslage, noch schlechter geht. Erster Künstler unserer Stadt, Frau Kammermädlerin Marie F a n z (Soprano) und Herr Konzertmeister Hans O s t e n t i e l (Violin), ebenso die Polizeikapelle, werden bei diesem Konzert in selbstloser Weise mit. Die Leitung des Konzertes liegt in den Händen des allseitig beliebten Organisten und Chormeisters Hermann K n i e r e r. Man darf also hier, neben der guten Tat, der man durch den Besuch des Konzertes dient, einen hohen künstlerischen Genuß erwarten. Es geht die herliche und dringende Bitte zum Konzertbesuch an alle die, die in der Lage und gewillt sind, zur Verringerung der schlechten Verhältnisse unter den Volkshilfsvereinsvereinen ein Schärlein beizutragen. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfa. sind in den Vorverkaufsstellen: Musikalienhandlung W i l l e l e r, Cde Kallers und Waldstr., Musikalienhandlung W a l e l, K e i l e r s t r. 83, Friedrich T o p p e r, Kriegerstr. 3a, oder beim Eintritt in die Kirche erhältlich.

Das Musikale Konföderationsverhältnis im Rahmen seiner bisherigen Zusammenfassung im großen Saal des Studentenhauses, Sonntag 7. (beim Durlacher Tor), Dienstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, eine interessante Aufführung mit 2 Wiederholungen von Dr. E. B i l l e r, wozu die Musik des ersten „Das alte Lieb“ aus Mozartschen, des zweiten „Der Herr Doktor“ aus Schubertischen Werken entnommen ist. Die beiden Stücke gewinnen noch dadurch an Interesse, daß 2 Schüler der Musikschule die Originalinstrumentierung aus den wenig bekannten Partituren der beiden Werke zusammengesetzt haben, so weit sie überhaupt für Orchester erlernbar, z. T. selbst instrumentiert haben. Außerdem die beiden kleinen Opern wird die Vertreter der Musik, Frau Sonntag-Liebert vom Wad. Landesbühnen, mit ihrer Tanschule die Rollen nobles von Schuber, die ebenfalls von einem Schüler instrumentiert wurden, als Soli- und Gruppenstücke vorführen.

